

Koproduktion von Gemeinwohl



Stephan Willinger

Immer öfter ergreifen in unseren Städten und Gemeinden zivilgesellschaftliche Gruppen oder junge Sozialunternehmen die Initiative, erschließen sich neue Aufgaben in der Stadt- und Regionalentwicklung, setzen selbstorganisierte Projekte um und werden damit zu Treibern einer Transformation in Richtung Demokratie, Nachhaltigkeit oder Klimaschutz. Doch das Agieren dieser zivilgesellschaftlichen, wenig organisierten und schwer einzuordnenden Akteure erzeugt noch immer Unsicherheit bei Politik („Ich bin doch fürs Entscheiden gewählt!“) und Verwaltungen („Das passt doch in kein Verfahren!“).

Denn die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich städtische Räume aneignen, agieren selbstbewusst, suchen gemeinsam nach Lösungen, sind nicht dem Denken in Zuständigkeiten verhaftet. Sie kämpfen sich nicht an den Mühlen kommunaler Planungen ab – sondern beteiligen die Verwaltungen nur dann, wenn dies für die Umsetzung ihrer Vorhaben unumgänglich ist. Sie sind nicht Beteiligte, sondern immer schon Produzenten von Stadt, echte Stadtmacher. Die europäischen Stadtentwicklungsminister haben die Bedeutung dieser neuen Akteure im November 2020 auch bei der Formulierung der Neuen Leipzig-Charta berücksichtigt, dem Leitdokument für eine zeitgemäße Stadtpolitik in Deutschland und Europa. Sie beschreiben Partizipation und Koproduktion als einander ergänzende Leitprinzipien, entlang derer alle Planungsverfahren konzipiert und umgesetzt werden sollen. Dies hat für begriffliche Klarheit gesorgt und die Stellung der Zivilgesellschaft enorm gestärkt: Denn bei Koproduktion geht es eben nicht um die traditionelle top-down-organisierte Bürgerbeteiligung! Bei Koproduktion gibt es kein Oben und kein Unten mehr, nur noch die Augenhöhe zwischen gleichberechtigten Partnern.

Dieser Wandel im Planungsverständnis bleibt für den Alltag in den Kommunen nicht ohne Folgen, denn die sorgfältig austarierten Systeme von Verwaltung und Politik (und Investoren) müssen sich für neue Haltungen und Kooperationsformen öffnen. So wird gerade in vielen Kommunen mit Prozessen und Rollenverständnissen experimentiert: In Landau rettet eine Bürgergenossenschaft das älteste Gebäude, in Halle schreibt eine Initiative das Stadtteilkonzept, in Stuttgart wird eine bisher unzugängliche Neckarinsel

durch einen Verein geöffnet, in Bonn organisiert ein Verein einen großen Beteiligungsprozess zum Umgang mit dem Klimawandel. Diese Reihe ließe sich noch lange fortsetzen. Und so entstehen – mal schon sehr elaboriert, mal noch als vorsichtig tastende Betaversion – aus der Kooperation von Verwaltung, lokaler Politik und zivilgesellschaftlichen Initiativen ambitionierte Projekte und Prozesse, ganz im Sinne einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung.

Wer diese kooperative Stadt für Beteiligungsgedöns, für „Soft Policies“ hält, der irrt. Neben den oben beschriebenen neuen Haltungen zeigen etwa Beispiele aus den Einsendungen zum Bundespreis Koop.Stadt im vergangenen Jahr, dass erfolgreiche Koproduktion durchaus des Einsatzes „harter“ Rechtsinstrumente, wie des Erbbaurechts, der Anhandgabe oder klugen Verfahren der Konzeptvergabe bedarf. Zivilgesellschaftliche Stadtmacher fordern regelmäßig, dass Verwaltungen und Stadträte in einem viel stärkeren Maße ihre Amtsbefugnisse, Rechte und Handlungsspielräume wahrnehmen und so die planungs- und bodenrechtlichen Grundlagen schaffen, um die Kraft der Zivilgesellschaft für das Gemeinwohl zu entfesseln. So ist es gerade die geschickte Kombinatorik harter und weicher, kommunikativer und bodenrechtlicher Instrumente, die gelingende Koproduktion ermöglicht.

Stadtplanung wird heute nicht mehr als Entwicklung und Umsetzung von Ingenieurplänen verstanden, sondern als komplexer gesellschaftlicher Aushandlungsprozess, der keinen Anfang und kein Ende hat. Für das Entwickeln von Stadt brauchen wir in diesen Prozessen die unterschiedlichsten Kompetenzen: Vordenkende und Bewahrer, Moderatoren und Meinungsbildende, Vermittelnde und Anpacker, Kuratoren und Kreative. Einige dieser Rollen werden durch Verwaltungen erfüllt, andere immer öfter von zivilgesellschaftlichen Initiativen übernommen werden. Denkt man die Idee der Koproduktion zu Ende, so verteilt sich das Stadtplanen und -gestalten in Zukunft über viele Akteursgruppen in der Stadtgesellschaft, und Stadtentwicklung öffnet sich für spannende, bunte Allianzen.

Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre dieser Ausgabe viele neue Erkenntnisse!

Stephan Willinger

Stadtforscher im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn